

In Cleveland
andet, in dem
tritt. Die An-
schuldigt wird,
n, einen woh-
oler der Stadt.
Tat war der
tts-College zu
en der Mörder
n, die es von
lach ihren An-
er drei Monate
aber erschienen,
ber zu erbitten.
gen verhaftet
Bewegung zu
it zu überant-
tum, die dor-
n, waren ver-
ßen, seine Un-
ten. Die Frau
die Angeklagte
die Angeklagte
reten sei, ihren
s Jenseits zu

Mitteilungen für Naunhof

und Umgegend

(Niederhain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Elcha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteenberg, Kringa, Köhra, Thalheim, Ponthen, Obersaida, Treuen etc.)

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshaupmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Ergebnis wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 5.— Wöchentlich Mk. 2.—
ohne Auslagen. Post einzuf. der Polizeibüro im Mk. 2.5. Im Falle höherer
Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6gepolte Korpuszelle 70 Pf., auswärts 80 Pf. Ein-
licher Teil Mk. 1.50. Reklamepreis pro Hundert Mk. 2.—
Anzeige der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
gebräuchlich noch früher. — Alle Anzeigen-Berichtigungen nehmen Aufträge entgegen.
Bestellungen werden von den Ausdruckern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Druck und Verlag: Bülow & Sohn, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Heraus: Amt Naunhof Nr. 2

Nummer 114

Sonntag, den 25. September 1921

32. Jahrgang

Amtliches.

Das Besetzen der Fußwege mit Fahrrädern, Karren und Wagen (Kinderwagen ausgenommen) ist noch der beständigen Strafpolizeiordnung bei Strafe verboten. Dieses Verbot ist in der letzten Zeit wohl wiederholter Bekanntmachungen nicht beachtet worden. Dadurch haben sich oft Verletzungen der Bevölkerung ergeben.

Es wird deshalb nochmals aufgesagt, das Besetzen der Fußwege zu unterlassen. Zuwidderhandlungen werden unanständig und ohne Ansehen der Person bestraft werden.

Naunhof, am 23. September 1921. Der Bürgermeister.

Alleine Zeitung für eilige Leser.

* Zwischen dem Reich und Bayern soll in den nächsten Tagen eine Verständigung zu erwarten sein.

* Der preußische Minister des Innern hat einen Erlass an die Oberpräsidialen mit Anweisungen zur Bekämpfung wucherhafter Preissteigerungen verabschiedet.

* Der ehemalige Reichskanzler Hermann Müller erklärte auf dem sozialdemokratischen Parteitag die Nachricht für erfunden, daß die Partei den Reichskanzler Wirth fallen lassen werde.

* Das neue bayerische Kabinett ist gebildet worden ohne Teilnahme der Bayerischen Mittelpartei.

* Im badischen Landtag machte der Staatspräsident aufsehenerregende Entwicklungen über das Bestehen politischer Geheimorganisationen.

* Das Ultimatum der Entente an Ungarn wegen des Burgenlandes ist in Budapest überreicht worden. Es steht eine Frist von 14 Tagen für die Räumung.

methoden mit dem Wort Wucher, gegen den gerade in wirtschaftlich so schweren Zeiten, wie wir sie erleben, die Allgemeinheit geschädigt werden muß. Ein Erlass des preußischen Innenministers gegen Wucher, der soeben veröffentlicht wird, kommt deshalb, wenn nicht schon zu spät, so doch im allerleichtesten Augenblick, in dem er Erfolg haben kann. Es wird darin darauf hingewiesen, daß aus Eigenschaft zahlreicher Händler billig eingekauft Ware teuer verkaufen, ja daß sie vielfach wichtige Lebensmittel verschaffen und dadurch den Wuchercharakter ihrer Preise noch erhöhen. Die Polizeiorgane werden angewiesen, die Preise einer eingehenden und fortlaufenden Überwachung zu unterziehen, die Ein- und Verkaufspreise ständig zu prüfen, dafür zu sorgen, daß billig eingekauft Lagerware nicht zu überhöhten Preisen verkauft wird und vor allem, den Wucher auch zu bekämpfen, wenn nicht vor allem, durch Anzeigen vorliegen, sondern wenn ein eigenes Vorgehen der Polizei notwendig ist. Besonders diese leichte Anweisung wird sehr wichtig sein, denn Anzeigen erfolgen in vielen Fällen aus irgend welchen persönlichen und privaten Gründen nicht, ohne daß in solchen Fällen die polizeiliche Pflicht die Allgemeinheit vor Ausbeutung zu schützen, aufgehoben ist. Es ist auch zu begrüßen, daß die Polizeiorgane aufgesagt werden, die Finanzämter auf Geschäfte mit hohen Preisen zwecks steuerlicher Nachprüfung aufmerksam zu machen, denn wenn der Minister die Meinung ausspricht, die Verbraucher müßten in der Zufriedenheit gestärkt werden, daß der Staat in der Lage sei, sie vor Wucher zu schützen, so wird diese Zufriedenheit tatsächlich dadurch am meisten gestärkt werden, wenn beobachtet wird, wie die Wucherer die Steuergefechte zu umgehen wissen, während der Lohnempfänger und der Beamte allmonatlich seinen Steuerabzug gebürtig hinnehmen muß.

Die Verordnung selbst versucht somit den tatsächlichen Verhältnissen gerecht zu werden. Es muß die Hoffnung ausgesprochen werden, daß die ausführenden Polizeiorgane es verstehen, sie wirklich zur Geltung zu bringen. Denn sonst wird unter Wirtschaftsleben in unverantwortlicher Art geschädigt und die wirtschaftliche Spannung so erhöht werden, daß die Folgen unabsehbar sind.

Das neue bayerische Kabinett.

Verhandlungen in Berlin.

Der neue Ministerpräsident Graf Lerchenfeld unterbreite in der Abendstunde des Freitags ab sofort nach Gründung den Abgeordneten folgende Ministerliste:

Ministerpräsident und gleichzeitig Minister des Äußeren und Minister der Justiz Graf Lerchenfeld, Innere Dr. Schreyer, Unterricht und Kultus Dr. Watt, Finanzen Dr. Krausnick, Soziale Fürsorge Oswald, Landwirtschaft Wuglhof, Handel, Industrie und Gewerbe Hamm.

Es sind somit alle Minister des vorigen Kabinetts wiedergekehrt, außer v. Kahr (Volkspartei, Zentrum) und dem Justizminister Roth (Mittelpartei, Deutschnational). An Stelle des ehemaligen Ministerpräsidenten übernimmt der neu eingetretene bisherige Staatssekretär Dr. Schreyer das Innere, Ministerpräsident Graf Lerchenfeld für Roth die Justiz.

Der bayerischen Volkspartei (Zentrum) gehören jetzt fünf Mitglieder des Kabinetts an: Lerchenfeld, Dr. Schreyer, Dr. Schreyer, Dr. Watt, Dr. Krausnick, bund Wuglhof, den Demokraten Hamm. Die Mittelpartei (Deutschnationale) ist im Ministerium nicht mehr vertreten.

Landtagspräsident Königsbauer sagte, daß er das Einverständnis des Hauses für die Vorschläge des Ministerpräsidenten annimme. Bilderspruch erfolgte nicht. Der Präsident begrüßte die neue Staatsregierung, insbesondere den Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld und gedachte in seinem weiteren Ausspruch auch der vormaligen Staatsregierung, besonders des Ministerpräsidenten v. Kahr, dem er Dank aussprach.

Lerchenfelds Programm. In einer Ansprache führte der Ministerpräsident aus: Wenn die Koalition sich durch das Auscheiden einer Partei geändert hat, so liegt doch kein Grund vor, die aus den Gedanken des Landes herausgewachsenen Grundlagen der bisherigen Politik zu verlassen. Die allgemeinen Richtlinien, nach denen ich die bayerische Politik in Zukunft zu führen gedenke, bleiben daher dieselben. Graf Lerchenfeld gedachte dann der Verdienste des Herrn v. Kahr und

betonte dann: Ich behalte mir vor, zu einzelnen Fragen später Stellung zu nehmen. Für heute möchte ich nur drei Dinge herausstellen, über die ich Ihnen, wie ich glaube, Rechenschaft schuldig bin:

1. Aufrechterhaltung der mildesten errungenen Ruhe und Ordnung im Staate. Ich bin mir bewußt, daß von dieser Grundlage aus allein der Wiederaufbau unseres Vaterlandes möglich ist.

2. Unter Verhältnissen zum Reich. In diesem Punkte steht für mich die Treue zum Reich unverbrüchlich fest.

3. Ein weiterer großer Gedanke, von dem ich mich lieben lassen möchte, ist der der sozialen Versöhnung. Das größte Unglück sehe ich in der Zersetzung im Klassenkampf.

Zum Schluss seiner Rede wies Graf Lerchenfeld auf die Notwendigkeit des Vertrauensverhältnisses zwischen den Mitgliedern der Volksvertretung und der Regierung hin. Seine Züge würden jederzeit und jedem offen stehen. Im demokratischen Staatswesen müsse ein Gedanke alle Bürger erfüllen, wenn anders der Staat keinen Schaden erleiden soll: die Liebe zu Bayern, die Liebe zum großen deutschen Vaterland.

Graf Lerchenfeld hat die Reise nach Berlin angereten, um persönlich die Verhandlungen mit der Reichsregierung über die Aushebung des Belagerungszustandes und die Anwendung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August zu führen. — Der Vorsitzende der nationalsozialistischen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, der unter dem Verdacht, die Verteilung der antisemitischen Flugschriften während der letzten Tage organisiert zu haben, verhaftet worden war, ist wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Auch die verhafteten Zeitungsverleger wurden wieder freigelassen.

Verständigung in Aussicht.

Zu den Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich wird von halbmäßiger Seite in Berlin mitgeteilt, daß die beste Aussicht besteht, endlich zu einer Verständigung zu gelangen, die selbstverständlich so aussehen werde, daß es weder einen Sieger noch einen Verlierer gebe. Es müsse alles geschehen, um eine Erschwerung der Lage des neuen bayerischen Kabinetts zu vermeiden, dem man mit vollem Vertrauen entgegensehen könne.

Am 29. September soll im bayerischen Landtag die politische Aussprache beginnen. Man hofft, daß bis dahin die Verhandlungen zwischen Bayern und dem Reich zu einem befriedigenden Resultat gelangt sind.

Politische Geheimorganisationen.

Entdeckungen im Badischen Landtag.

Karlsruhe, 23. September.

In der heutigen Sitzung des Badischen Landtages machte der Staatspräsident aufsehenerregende Mitteilungen über das Bestehen von politischen Geheimorganisationen und deren Bestimmungen, die von der Staatsanwaltschaft aufgefunden wurden.

Diese Bestimmungen nennen als geistige Ziele: Wehrpflege und Verbreiterung des nationalen Gedankens, Lämpfung des Judentums, der Sozialdemokratie, der Weltmater Verfassung. An materiellen Zielen werden genannt: Sammlung entschlossener nationaler Männer, Einsetzung einer nationalen Regierung, um die durch den Versailler Vertrag herbeigeführte Entwicklung unmöglich zu machen.

Weiter wird gesagt: Die Organisation ist eine Geheimorganisation. Sie verpflichtet die Mitglieder untereinander, ein Schutz- und Trübsinn zu schließen, wodurch jeder Angehörige der Organisation der weitgehendsten Hilfe aller anderen Mitglieder sicher sein kann." Der Staatspräsident stellte nach Vorlesung der Mitteilungen fest, daß der Vater eines Tanten einer Kölner Zentrumsfamilie angehört, seiner Schwester aber geschrieben habe, sie solle fünfzig deutschnational wählen. Ferner fügte der Staatspräsident hinzu, daß die beiden Väter Erzbergers dieser Geheimorganisation angehören, ebenso Küllinger und Müller.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Reichslandrat Wirth zur oberschlesischen Frage.

In der Europäischen Staats- und Wirtschaftszeitung äußert sich Dr. Wirth in einem Artikel: "Oberschlesien — unsere größte Sorge" über die Notwendigkeit, eine baldige Entscheidung herbeizuführen. Der Reichskanzler sagt u. a.: "Wir wetteifern nicht um die Gunst irgendwelches Vertreters im Böllerbundstat und im Obersten Rat, wir hoffen auf die Gerechtigkeit, weil das ganze deutsche Volk ohne Unterschied der Partei von dem Gedanken unseres Reichs erfüllt ist. Eine Entäußerung dieser Hoffnung wäre einfach unerträglich, und zwar nicht nur für das deutsche Volk allein, sondern für alle, die noch an den Sieg des Reichs in der Welt glauben."

Die Verhandlungen über die Sanktionen.

Eine Neuermeldung aus London besagt, daß die Verhandlungen zwischen Großbritannien, Frankreich und Deutschland wegen der Termine, an denen die wirtschaft-



Graf Lerchenfeld.

Volle
braun empfohlen
Gartenstr. 36

chenkranz"
Sonnabend
flug
amelschein.
ends 8 Uhr vom
alle kommen.
B.

Obbauverein
richtigung
Ausstellung
25. 9. in Döbeln
Uhr bis Döbeln-
Hauptversam-
des-Obbauver-
Musikum beim
Bestellungen auf
1. Okt. D. B.

artslose..

— Mr.
siebt
Benzler.

Mädchen
schnellere ge-
neidet. Bahns-
L.

erkaufen:
schränke, Stühle
eienlich, Gram-
matten, usw. Ver-
nwagen, Spor-
teller, Tischen
en und mehrere
n, für Hausflur
Langeff. 62.

ll. Möbel
gel zu verhauen
Königstraße 13.

ftstellen

Ringstraße 9.

lichen Sanctionen aufgehoben werden sollen, noch anbauen. Einige Mißverständnisse habe die deutsche Regierung schon aufgehoben. Obwohl noch einige technische Einwände der Regelung harrten, bestehe kein Zweifel, daß bald ein Weg zur Regelung gefunden werde.

Kriegsosten des Reichsbeamten.

Der Reichsbeamte genehmigte den Entwurf einer Kriegsostenverordnung für die Reichsbeamten. Der Entwurf unterscheidet sich von den bisherigen Kriegsostenverordnungen im wesentlichen dadurch, daß das Tagegeld in Tagegeld und Übernachtungsgeld zerlegt wird und im übrigen die harten Auslagen erzeigt werden. Ferner sind an Stelle der Rangunterschiede die Tagegelder nach 5 Stufen bemessen worden, in denen auf Grund der jeweiligen Befolzungskräfte die Tagegelder auf 28, 32, 36, 40 und 48 Mark bemessen sind. Dazu treten die Übernachtungsgelder, die die Hälfte dieser Tagegelder ausmachen sollen. Mit Rücksicht auf die Trennung soll jedoch der Satz für Übernachtung von der Hälfte auf Dreißigtert zugeteilt werden. Statt Kilometergeldern soll in Zukunft Ertrag der harten Auslagen gegeben werden.

Der Wert der ausgesetzten deutschen Schiffe.

Die Pariser Reparationskommission veröffentlicht eine Karte, derzufolge der Wert der von Deutschland ausgesetzten Schiffe auf 745 Millionen Goldmark festgesetzt worden ist. Von dieser Zahl sind gewisse Unsicherheiten für Reparaturen, Wiete und Überführung abzuziehen. Die hierauf sich ergebende Summe wird Deutschland zugeschrieben werden. In der Gesamtzahl sind lediglich die vor dem 1. Mai 1920 ausgesetzten Schiffe einzubeziehen. Der Brutto-Tonnen-Gehalt der Schiffe beträgt insgesamt 2 153 407 Tonnen.

Stimmen und der Wiederaufbau.

Ein Vertreter der Chicagoer "Saturday Evening Post" hatte eine Unterredung mit dem deutschen Großindustriellen über den Wiederaufbau Europas. Stimmen äußerte dabei, Deutschland könne unmöglich die in dem Ultimatum der Alliierten festgesetzte Wiedergutmachung bezahlen. Von welcher Seite man auch die Entschädigungen betrachte, sie werden stets in den gegenwärtigen Verhältnissen unmöglich sein. Die einzige praktische und dauernde Lösung sei ein wirtschaftlicher Börsenverband, der die Vereinigten Staaten, England und Deutschland einschließe. Das wäre eine Garantie für den wirtschaftlichen Frieden. Auflands Mitarbeit könne nicht ausgeschlossen werden, zur Kräftigung Auflands müßten Amerika, England und Deutschland mithelfen. Die Welt brauche mehr als alles andere eine aktive Mitarbeit der Vereinigten Staaten an den europäischen Angelegenheiten.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Wie aus Parlamentskreisen verkündet wird, wird vorläufig keine neue Begegnung zwischen den Ministern Rath und Douceur erfolgen. Die Frage der Nebenvereinbarungen wird wahrscheinlich nur von Vertretenen und Sachverständigen beider Länder besprochen werden.

Berlin. Es wird wiederholzt, daran hingewiesen, daß die Frist für Ausgleichsforderungen im Auslande am 30. September abläuft. Nicht rechtzeitige Anmeldung steht Bestrafung und Verfall der Forderung an das Reich noch füch.

Niel. Hier handelt es sich um den Zinnschiff "Hannover" die feierliche Übergabeung vor der argentinischen Flotte für Genugtuung für die Verletzung zweier argentinischer Schiffe im Kriege durch deutsche U-Boote statt.

Prag. Die deutsche Regierung hat für ihre Gesandtschaft in Prag das Haus der Franziskaner auf der Kleinseite erworben. Es ist dies eines der schönsten altertümlichen Gebäude Prags.

Indien gegen englische Baumwollstoffe.

Die andauernden Räder der Indien gegen die englische Herrschaft haben augendienstige Blütezeit gezeigt. Ferner ist einer der Führer der indischen Nationalisten auf eine neuartige Boykottliste verfallen, über die wir folgendes erörtern:

Auf einem neuen Gedanken ist der indische Nationalistführer Gandhi gekommen. Die Sache verdient eine Betrachtung, weil derartige Ideen sozusagen in der Luft liegen. Indien soll sich in den Textilstoffen von England unabhängig machen; es sei ein Hindernis, die in Indien gewachsene Baumwolle erst nach Lancashire zu schicken, damit sie dort verpackt und gewebt werden, und dann die Stoffe den Engländern teuer abzukaufen. Man könne das im eigenen Lande selber besorgen. Die Idee ist nicht ganz neu. Man hat z. B. in Ungarn in der Aufstandsjahre von 1848 ähnliches versucht. Jeder patriotische Ungr und jede Ungarin trug damals nur Kleidungsstücke, die im Lande selbst hergestellt worden waren. Der Boykott brach mit dem Aufstande selbst zusammen.

Gandhi hat eine Sammlung von zehn Millionen Rupies angeregt, um dafür die einfachen Webstühle wieder herstellen zu lassen, die früher in jeder Familie Indiens vermauert wurden. Das Geld ist auch zusammengekommen. Die Sache verdient eine Betrachtung, weil derartige Ideen sozusagen in der Luft liegen. Indien soll sich in den Textilstoffen von England unabhängig machen; es sei ein Hindernis, die in Indien gewachsene Baumwolle erst nach Lancashire zu schicken, damit sie dort verpackt und gewebt werden, und dann die Stoffe den Engländern teuer abzukaufen. Die Idee ist nicht ganz neu. Man hat z. B. in Ungarn in der Aufstandsjahre von 1848 ähnliches versucht. Jeder patriotische Ungr und jede Ungarin trug damals nur Kleidungsstücke, die im Lande selbst hergestellt worden waren. Der Boykott brach mit dem Aufstande selbst zusammen.

Gandhi hat eine Sammlung von zehn Millionen Rupies

angeregt, um dafür die einfachen Webstühle wieder herstellen zu lassen, die früher in jeder Familie Indiens vermauert wurden. Das Geld ist auch zusammengekommen. Die Sache verdient eine Betrachtung, weil derartige Ideen sozusagen in der Luft liegen. Indien soll sich in den Textilstoffen von England unabhängig machen; es sei ein Hindernis, die in Indien gewachsene Baumwolle erst nach Lancashire zu schicken, damit sie dort verpackt und gewebt werden, und dann die Stoffe den Engländern teuer abzukaufen. Die Idee ist nicht ganz neu. Man hat z. B. in Ungarn in der Aufstandsjahre von 1848 ähnliches versucht. Jeder patriotische Ungr und jede Ungarin trug damals nur Kleidungsstücke, die im Lande selbst hergestellt worden waren. Der Boykott brach mit dem Aufstande selbst zusammen.

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Neunhof, den 24. September 1921.

Wochblatt für den 25. und 26. September.

Sonnenaufgang 5^h (5^m) | Mondaufgang 11^h R. — Sonnenuntergang 8^h (8^m) | Monduntergang 2^h R. (2^m R.) 25. September. 1849 Komponist Johann Strauss (Vater) gest. — 1918 Waffenstillstandsangebot des Bulgaren an die Entente.

26. September. 1815 Abschluß der Heiligen Allianz in Paris. — 1914 Die Türken sperren die Dardanellen.

□ Bahnhofsteigarten. Klagen der Reisenden in den Bahnhofsteigarten, die Eisenbahngesellschaft, darauf hinzuweisen, daß die Inhaber von Bahnhofsteigarten im allgemeinen nicht berechtigt sind, die zur Abfahrt bereitgestellte Züge zu betreten. Eine Ausnahme von dieser Bestimmung bilden die Begleiter von Kranken und anderen hilfsbedürftigen Personen, denen das Betreten der Züge unter der Voraussetzung gestattet ist, daß sie die Züge nach Unterbringung der Reisenden abzufahrt wieder verlassen. Das Besitzhalten von Blößen ist nur den Reisenden gestattet. Inhaber von Bahnhofsteigarten können bei Beschäftigung gegen diese Vorschriften zur Zahlung des erhöhten Fahrgeldes von 20 Mark veranlaßt werden.

□ Falsche Reichsbanknoten zu 10 Mark. Von den seit Anfang Januar d. J. dem Verkehr zugeführten Reichsbanknoten zu 10 Mark mit dem Datum des 6. 2. 20 sind außer der Ende Juni bekanntgegebenen Fälschung weitere Nachbildungen aufgetaucht. Abgesehen von der mangelschärfen Wiedergabe der Zeichnung, schulen den Fälschungen die Hauptmerkmale echter Noten: daß Wasserzeichen und der eingewirkte Farbstreifen auf der Rückseite, der beim Fälschung zumeist durch aufgedrückte braune Striche verdeckt ist. Das Reichsbank-Direktorium warnt vor Annahme derartiger Fälschungen und empfiehlt dem Publikum erneut, als Selbsthilfe gegen Verluste aus der Annahme solcher Fälschungen sich das Bild der echten Noten, namentlich auf genannte Kennzeichen hin, einzuprägen. Gleichzeitig wird in Erinnerung gebracht, daß die Reichsbank für die Aufdeckung von Fälschungsmittelwerken und für zweidimensionale Mittelungen, die zur Herstellung und Verbreitung von Betrugs- und wissenschaftlichen Verbreitern falscher Banknoten führen, Belohnungen zahlte.

Wochenblatt.

Das war ein lüstiges Nadeln am Sonntag in und nach unserer Stadt. Von allen Seiten zog man auf fröhlichem Stabrock oder per Stock zu der feierlichen Veranstaltung und der lange Festzug beliebte die inneren Straßen mit Musik und fröhlichen Gesängen. Von Schloßplatz krochen die Stände nachrichtlich nur Trester, auch wenn manchmal nur die Lust durchdrückt werden kann. Doch es aber auch Vereinsfestreden gab, die sich ernstere Ziele gesetzten haben, erlahm' wir aus den Nadelhelden, die die Sandalikette im Umlauf liegen. Mag der berühmte Nibelungendanke, durch Serienverkauf den edlen Zwecken zuführen zu können, recht guten Erfolg bringen und das Reichstag sich recht weit verbreiten. Es ist mit dem Gelde aller Art ja schon eine wahre Not. Doch wir nicht nur wirtschaftlich in keiner gesunden Zeit leben, beweisen die vielen Materialkrankheiten unter den kleinen, hoffen wir, doch diese Kinderkrankheit mit sich auch zahlreiche der anderen mit sich nimmt. Die den geliebten Leben noch immer anhalten. Mit einer dieser Gefahren, den berühmten Weltkonzernen wird ja nun gründlich aufgeräumt werden. Auch die ungelochnete Spekulationswut scheint dank der energetischen Einschränkungsmaßnahmen abzulaufen. Die Produktion, möglichst billig und möglichst viel davon zu verdienen, ist augenwärzig größer als je, selbst das brave Kindreich, daß dem Drange nicht widerstehen können und beschlossen, nur zu erhöhtem Preise die Milch für noch abzupfen zu lassen. Man hofft sich eben in jeder Beziehung, nur die Domänenreden, die allerdings eine Ablösung auch nicht mehr vertragen, sollen wieder länger wählen. Frau Mode verlangt es, und aller Widerspruch der Wadenkleider wird dagegen nichts ausrichten vermögen. F. G. D.

† Ein Verfahren gegen den sächsischen Kultusminister. Wie aus Dresden gemeldet wird, hat die dortige Staatsanwaltschaft gegen den sächsischen Kultusminister Helmrich auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuchs ein Verfahren eingeleitet. Helmrich wird beschuldigt, in einer Versammlung, die er am 26. August in Dresden abhielt, seine Zuhörer öffentlich zur Unwendung der Gewalt aufgerufen zu haben.

† Beschlagsnahme Zeitschrift. Wie der Dresdner Verlag "Die Krone" mitteilt, ist seit 18 der Zeitschrift "Die Krone" (Zeitschrift zur Pflege des monarchischen Gedankens im Sinne Stolns und Bischofs) wegen der beiden Artikel "Monarchie oder Schleuderrepublik" und "Gräber" bis zum 30. September verboten.

† Sinkende Fleischpreise. Die Fleischverarbeitung Demago macht in der "Döpplinger Post" eine Erklärung der Fleischpreise bekannt. Demnächst kosten lebt 1 Pfund: Querrippe, Brust und Beinstück 10 Mark, Rogen, Zug, Roastbeef und Keulenschinken 11 Mark, Kalbfleisch zu Frikosse 12 Mark, Schokotest 14 Mark, Rouladen 15 Mark und Kalbfleisch zu Braten 15 Mark.

† Aufwändige Viehtransporte berühren zurzeit Sachsen. Hüner Großhöfe treten vor allem zahlreiche Sondertransporte mit Schweinen ein, auch zwei Züge, die für Leipzig, Dresden, Berlin und Schlesien bestimmt sind. Die Schweine kommen aus Polen, dem Lande der Schweinzwanzig. Sehr Zug belädt 800 bis 1000 Rostentiere. Wie groß die Einsparung noch Deutschland ist, erhebt daraus, daß in Passau noch etwa eine Million zum Transport angemeldet sind.

† Gründung elektrischer Leitungen durch Drachen. Eltern und Erzieher müssen immer wieder darauf hinweisen werden, daß jedes Hochspannungsnetz von Drachen in unmittelbarer Nähe von elektrischen Hochspannungsleitungen für das Leben der in Frage kommenden Personen und für die Betriebssicherheit der betreffenden Leitungen große Gefahren mit sich bringt kann. Wenn ein Drache die Leitung berührt, kann eine Überleitung des Stromes durch die Handlung stattfinden und die betreffende Person nicht vorauszusehenden Schaden an Gesundheit, wenn nicht gar den Tod, erleiden.

† Feuerwehr-Veteranen. Unter den etwa 47000 Feuerwehrleuten, die der aus rund 950 Wehren bestehende Landesverband Sachsen bildet, befinden sich zurzeit 3626 Männer mit mehr als 50jähriger Dienstzeit. 1588 dienen 30—35, 1125 35—40, 916 über 40 Jahre.

† 450 Mark für ein Zwanzigjahrstück. Der Ankauf vom Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 19. bis 25. d. Mts. zum Preise von 450 Mark für ein Zwanzigjahrstück, 225 Mark für ein Jahrmarkstück. Wer Kauf auf Lager hat, wird ein reicher Mann!

— Die neugegründete Turngemeinde mit ihrer Sängervereinigung zu Chemnitz hat zu ihrer Gründungsfeier recht gut abgeschnitten. Der Festzug wurde von Herolden zu Pferden geführt, auch ein Festwagen mit dem Vater John feierte nicht. Die Bannerweiße, vollzogen von Pfeffer Rauch mit einer inhaltlosen, ziemlich lächerlichen Rede wurde von Vorläufern der Gründungsfeier umrahmt. Das dienstags folgende Schauturnen erzielte Gauvertreter Grimme mit einer markigen Ansprache. Die Leitung lag in den Händen des Gauturnwarts Heldmann-Grimme und des Turnwartes Otto-Dreher. Die gemeinschaftlichen Freilübungen, von gegen 300 Turnern und Turnerinnen ausgeführt, boten ein prächtiges Bild. Die Turngemeinde zu Chemnitz besteht seit Juli dieses Jahres und zählt bereits über 150 Mitglieder.

— In Wurzen schlossen sich die Regelclubs zu einem Regierungskreis zusammen. Die Verbinde hat sich zur Aufgabe gemacht, dem Regelclub dadurch einen gewissen Reiz zu verleihen, daß die einzelnen Clubs jährlich im wechselseitigen Kampfe die Clubmeisterschaft ausgetragen haben.

— Merseburg. Vor etwa 8 Tagen ist auf Bahnhof Merseburg von einem unbekannten Manne ein Handwagen stehen gelassen worden. Er hat offensichtlich untergebrückt und Peitern sowie bauliche Schilderstücke. Es ist nicht ausgeklaut, daß der Wagen gestohlen ist.

— Einer durchwühlenden Dame ist am 16. September abends gegen 10 Uhr im Leipziger Hauptbahnhof eine fast neue, grobe, braunelederne Brieftasche, umgesiegt 2500 Mk. enthalten, aus ihrer Handtasche gestohlen worden.

— Leipzig. Lohnbewegung der Buchdrucker. Nachdem die Berliner Verhandlungen zwischen den Buchdruckern und den Prinzipialen geklärter sind, dauern in Leipzig die Verhandlungen weiter fort.

— Bad Lausick. Ehrenmal Gefallener betrachtet. Die Arbeiten zum Denkmal sind soweit vorbereitet, daß vorläufig Sonntag, den 9. Oktober 1921 die Einweihung erfolgen kann.

— Geithain. In der Nacht zum Mittwoch wurde aus dem Gehöft des Herrn Gutsbesitzers Georg Bernstorff ein Schwein von fast drei Zentimetern gelöscht. Der Betthaken hat eine Belohnung von 300 Mk. für Herstellung des Tieres oder Namhaftmachung des Täters ausgeschafft.

— Zum Koch- und Wirtshaus in Rochlitz wurden 35 Pferde zum Verkauf gestellt. Gesäßhöft wurden 6—28000 Mk. für ein Pferd.

— Stauda. Von einem Bullen gestoßen. Von einem Bullen gestoßen wurde in Al-Saitel-Bornewitz der 17-jährige Ruhmehrer Große aus Reichenberg i. B. Große sollte den Bullen mehrfach gerichtet. Der Bulla sollte ihm zu Boden geworfen und ihn daran mit den Hörnern bearbeitet, doch er nach seiner Aufnahme im Krankenhaus in Riesa keinen Verleihungen erlebte.

— Methen. Welche Wirkung die Wohnungsmotiv zeitigt und wie von gewissenlosen Aussteuern die Not der Wohnunglosen ausgeweitet wird, zeigt ein Fall in einem "Dorf" in der Umlandschaft Methen. Dort sind 4 Stuben, zwei Kammern und Zubettungen von einer 4 Personen besiedelt, teilweise zwei Söhnen miteinander wohnende Familie aus dem Altenstein für nur 400 Mk. monatlich vermietet, wobei es Gewicht 800 Mk., doch die Vermieterin sieht, auch wenn sie weiter nichts für unter die Miete verleiht, mehr als erforderlich.

— Methen. Einem kleinen Kind wurde die Wohnungsmotiv zeitigt und wie von gewissenlosen Aussteuern die Not der Wohnunglosen ausgeweitet wird, zeigt ein Fall in einem "Dorf" in der Umlandschaft Methen. Dort sind 4 Stuben, zwei Kammern und Zubettungen von einer 4 Personen besiedelt, teilweise zwei Söhnen miteinander wohnende Familie aus dem Altenstein für nur 400 Mk. monatlich vermietet, wobei es Gewicht 800 Mk., doch die Vermieterin sieht, auch wenn sie weiter nichts für unter die Miete verleiht, mehr als erforderlich.

— Der Neuerverband Methen vollzieht am Sonntag, den 9. Oktober, die Weihe seines Regelclubs und lädt dazu die auswärtigen Angestellten, die im Rahmen der Feierlichkeit und lobt ihnen die Arbeit.

— Löbau. Eine schwere, weißlich überbare Explosion ereignete sich in der Gasbehälterfabrik von Hermann Heinecke beim Beladen einer Munitionskiste. Die beiden Feuerlinge brüllten und schrien mit dem Vermögeln der Kiste behilflich. Dabei hat ein Nagel wahrscheinlich im Zündhütchen der Kiste explodiert. Dabei wurde der Nagel wahrscheinlich im Zündhütchen gesprengt, welches explodierte und die gesamte Munition zur Entladung drohte, so daß die Kiste in die Luft flog. Dabei wurde brüllend gestoßen und Pohl schwer verletzt.

— Löbau. Eine schwere, weißlich überbare Explosion ereignete sich in der Gasbehälterfabrik von Hermann Heinecke beim Beladen einer Munitionskiste. Die beiden Feuerlinge brüllten und schrien mit dem Vermögeln der Kiste behilflich. Dabei hat ein Nagel wahrscheinlich im Zündhütchen gesprengt, welches explodierte und die gesamte Munition zur Entladung drohte, so daß die Kiste in die Luft flog. Dabei wurde brüllend gestoßen und Pohl schwer verletzt.

— Löbau. Einem Kind wird berichtet: In zwei Omas-Küchen aus Dresden-Friedrichsstadt (Gambinistraße 7) kam eine Gelehrte durch Mehl, die im Waldschnäckchen oblag, und von zwei Spaziergäbern begleitet war. Der eine trug eine sogenannte Narrenkrone, der andere aber war in die Amistrack eines evangelischen Pfarrers gekleidet worden (Priesterrock und Barett) und er markierte seine Würde obendrein dadurch, daß er den verlaufenden Kindern den Segen erzielte. Das Mehlner Tageblatt fragt, ob nicht der § 166 des Strafgesetzbuchs — Beschimpfung der Gelehrten — verübt werden soll.

— Löbau. Eine schwere, weißlich überbare Explosion ereignete sich in der Gasbehälterfabrik von Hermann Heinecke beim Beladen einer Munitionskiste. Die beiden Feuerlinge brüllten und schrien mit dem Vermögeln der Kiste behilflich. Dabei hat ein Nagel wahrscheinlich im Zündhütchen gesprengt, welches explodierte und die gesamte Munition zur Entladung drohte, so daß die Kiste in die Luft flog. Dabei wurde brüllend gestoßen und Pohl schwer verletzt.

— Löbau. Einem Kind wird berichtet: In zwei Omas-Küchen aus Dresden-Friedrichsstadt (Gambinistraße 7) kam eine Gelehrte durch Mehl, die im Waldschnäckchen oblag, und von zwei Spaziergäbern begleitet war. Der eine trug eine sogenannte Narrenkrone, der andere aber war in die Amistrack eines evangelischen Pfarrers gekleidet worden (Priesterrock und Barett) und er markierte seine Würde obendrein dadurch, daß er den verlaufenden Kindern den Segen erzielte. Das Mehlner Tageblatt fragt, ob nicht der § 166 des Strafgesetzbuchs — Beschimpfung der Gelehrten — verübt werden soll.

— Löbau. Eine schwere, weißlich überbare Explosion ereignete sich in der Gasbehälterfabrik von Hermann Heinecke beim Beladen einer Munitionskiste. Die beiden Feuerlinge brüllten und schrien mit dem Vermögeln der Kiste behilflich. Dabei hat ein Nagel wahrscheinlich im Zündhütchen gesprengt, welches explodierte und die gesamte Munition zur Entladung drohte, so daß die Kiste in die Luft flog. Dabei wurde brüllend gestoßen und Pohl schwer verletzt.

— Löbau. Eine schwere, weißlich überbare Explosion ereignete sich in der Gasbehälterfabrik von Hermann Heinecke beim Beladen einer Munitionskiste. Die beiden Feuerlinge brüllten und schrien mit dem Vermögeln der Kiste behilflich. Dabei hat ein Nagel wahrscheinlich im Zündhütchen gesprengt, welches explodierte und die gesamte Munition zur Entladung drohte, so daß die Kiste in die Luft flog. Dabei wurde brüllend gestoßen und Pohl schwer verletzt.

— Löbau. Eine schwere, weißlich überbare Explosion ereignete sich in der Gasbehälterfabrik von Hermann Heinecke beim Beladen einer Munitionskiste. Die beiden Feuerlinge brüllten und schrien mit dem Vermögeln der Kiste behilf

Ratskeller Naunhof.

Morgen Sonntag, den 25. September von 4 Uhr ab

Feine Ballmusik.

Vier in Siphons.

Borjügl. Weine.

Rudolf Böttger.

Dramatischer Verein

„Freie Volksbühne“ zu Naunhof.

Sonntag, den 25. September 1921
im Golkof Goldner Stern

Erster Theaterabend

Es kommen zur Aufführung:

1. „Die Sittenwächterin“

Komödie in einem Akte
von Anna Moesgaard.

2. „Gestohlenes Gut“

Schauspiel in drei Akten
von Walter Freimut.

Nach den Aufführungen
ein Tänzchen für die Theaterbesucher.

Eintritt 6 Uhr
Beginn 7 Uhr
Centrialspreis
2 Mark.

Um gütigsten
Zulpruch bitten
Der Vorstand.
**

Großes Preiskegeln

Sonntag, den 25. September 1921, 2 bis 10 Uhr
Gasthof Röhra.

An die geehrte Einwohnerschaft zu Naunhof.

Der Gastwirteverein für Naunhof und Umgebung sieht sich genötigt infolge Erhöhung der Bierpreise durch die Brauereien für das in ihren Lokalen zum Auszank kommende Bier sich den Mindestauszankpreisen der Arbeitsgemeinschaft der Gastwirte für Leipzig Stadt und Land anzuschließen.

Naunhof, den 23. Sept. 1921.

Der Vorstand.

Rauchwaren-Zurichterei u. Färberei

Naunhof, Wurgenerstraße 8-10
Finsterbusch, Golzsch u. Laubert

Kaufe rohe Felle jeder Art.

Lichtspiele

Der Todfeind

Sensat.-Detektiv-Film

Nur heute und morgen

Sonntag letztes Mal!

Anfang: 7 Uhr u. 9 Uhr
gr. Kindervorstellung

Mühle Lindhardt.

Morgen Sonntag von 4 Uhr an

große Ballmusik.



Ziegenzucht-Genossenschaft.

Montag, den 26. 9. 21 8 Uhr

Veranstaltung

Gambrinus. **Frage**
(Deckungsgeld betreffend.) Es
scheinen aller Mitglied, dringend
erwünscht. Der Vorstand
Franke.

Sportverein Naunhof.

Sonntag, den 25. September **Fußball-Wettspiele**

Vorm. 10 Uhr: S. V. N. II. Igd.

gegen Grimma II. Igd.

Nachm. 2^o Uhr: S. V. N. I gegen Wacker IV Leipzig

Nachm. 2^o Uhr: S. V. N. I. Knaben

gegen Turnverein 1867 Lpz. I. Knaben

Nachm. 4 Uhr: S. V. N. I. Igd. geg. Spielvereinigung

Delitzsch I. Jugend.

Eintritt 1 Mark.



Schüler 50 Pf.



Turnverein Großsteinberg

Großes Schau- und Werbefurnieren

Sonntag, den 25. Sept. 1921. Beginn 2 Uhr

Festzug, Massenfreilübungen, Niedergesetzen, Sondervorführungen. Vorstellung: Weltturnen der Vereinsmitglieder

Tanzgelegenheit: Vergnügungspark
Zu festlichen Stunden lädt ein Der Turnrat

Turn- u. Bewegungsspieler Naunhof.

= M. d. A.-T. u. Sp.-B. —

Sonntag, den 25. 9. 21

Fußball-Wettspiele.

Brandis I—Naunhof I.

Abmarsch 1 Uhr von der Schloßmühle. ... Sportsinteressenten können sich anschließen.

Der Vorstand.

Gewehr-Abteilung des Sächs. Milit.-Vereins.

Veranstaltung nicht Sonnabend den 24. 9. sondern Sonnabend, 1. 10. 21. abends 9 Uhr im Stern.

Der Kommandant Rind.

Kinder werden noch zum Kartoffelleben

angenommen

A. Höhne, Stadtgut.

An unsere werte Gastwirts- und Händlerkundschaft!

Wir erlauben uns darauf hinzuweisen, daß am 1. Oktober d. J. die Zigarrensteuer um abermals 15% erhöht wird. Diese Erhöhung und die gleichzeitige Steigerung der Zigarrenmacherlöhne verbunden mit dem Ließlande unserer Mark haben eine beträchtliche Preiserhöhung aller Tabakfabrikate zur Folge. Wir sind in der Lage, unsere Fabrikate bis zum 29. d. M. noch zum alten Preise abzugeben, und bitten unsere werte Kundschaft um umgehende Angabe der benötigten Quanten.

Petrich & Kopsch

Zigarrenfabrik / Gegr. 1878

Prima Weizenmehl

Pfund 3,60 Mk., bei Jeninner-Abnahme 3,50 Mk. gibt ab Motormühle, Schloßstraße 7.

Elektrische Taschenlampen

Batterien Feuerzeuge

sowie sämtliche Zubehörteile empfiehlt billig

Herm. Tritschler

Uhrmacher u. Goldarbeiter.

Infolge Einkaufs mit 5

Geschäften enorm billig

Gardinen Stores, Künstlergardinen

Übergardinen

Bitragenstoffe

Teppiche in allen Größen

Divan- und Tisch-Decken

aus Musterholzdecken

Sofa-Bezüge in Plüsch

und Stoff

Matratzenbrette

Läuferstoffe etc.

Engel

Leipzig, jetzt Preußberg. 5

(gegenüber Althoff).

Für Fahrgäste werden 5 Prozent

bei Einkauf vergütet.

Neue Chaiselongue

preiswert zu verkaufen

Wurgenerstr. 37.

Verkaufe

Wegzugs halber Sonntag, d. 25. 9. 1 junge gute Ruzukuh, 1 „Alfa“ Milchzentrifuge, 2 Buttermaschinen, 1 Rübenschneider, 1 transportable Haushaltsofen und verschiedene andere.

DÄUMLER, Grimmaerstraße 14.

Bei hohem Wohnsituze ich zum 15. Oktober eine tüchtige, in ihrem Fach und Charakter durchaus zuverlässige Frau Kirstein, Villa Kirstein, Lindhardt.

Unserem lieben

„Ranuchenbauer“ Herrn A. Bachmeier zu seinem 58. Geburtstage ein breitlach donnerndes - Hoch-

Der Ranuchenverein Naunhof.

Donnerstag nachmittag 4 Uhr verschieden nach einem arbeitsreichen, frommen Leben meine liebe Schwester und unsere gute Tante

Frau Elisabeth verw. Wenzel

geb. Rank

im 63. Lebensjahr.

Dies zeigt mit der Bitte um stillte Teilnahme an Naunhof, den 24. Sept. 1921.

Katharina verw. Kaiser im Namen aller Verwandten.

Beerdigung Sonntag nachm. 4 Uhr von der Halle des Friedhofs aus.

Tarifänderung der Luk.

Der Preis für 10 tons Förderbraunkohle ist seitens des Preisverbandes mitteldeutscher Braunkohlenwerke mit Wirkung vom 15. September 1921 ab auf Mk. 655.— erhöht worden. Demzufolge erhöhen sich die Preise unseres Tarifes (s. Tarifänderung der Luk vom 17. IV. 21 und Bekanntmachung der Luk vom 8. XII. 20) wie folgt:

1.) In § 13

Die Vergütung für jede verbrauchte Kwst. beträgt **Mk. 2.41.**

2.) In § 15

Bei Straßenbeleuchtungen wird berechnet: für jed. Watt Verbrauch einer ganznächtigen Lampe jährlich **Mk. 4.70**

halbnächtigen **Mk. 3.—**

Die 32kerzige Lampe kostet hiernach also bei ganznächtiger Benutzung jährlich **Mk. 150.40**

halbnächtiger **Mk. 96.—**

3.) In § 16

Bei Pauschalanschlüssen kostet jede Lampe bis zu 30 Watt monatlich **Mk. 5.50**

60 **Mk. 11.—**

Die Preisänderungen treten mit dem 1. Oktober 1921 in Kraft.

Borna, den 23. September 1921.

LichtundKraft G.m.b.H.

Borna Bez. Leipzig.

Beilage zu den Nachrichten für Naunhof.

Nr. 114

Sonntag, den 25. September 1921.

32. Jahrgang.

Gesundheit.

Trotz Nachrichten vom 23. September.

Österreichisch-deutsche Aufschlussbewegung.

Berlin. Der Österreichisch-deutsche Volksbund in Berlin wird seinen Wirkungskreis nicht mehr auf Berlin beschränken, vielmehr in Ortsgruppen auf ganz Deutschland erweitern. Mitglied kann jeder Deutsche ohne Unterstreich der Staats- und Parteizugehörigkeit werden. Dem Hauptvorstand gehören Vertreter aller parlamentarischen Parteien an. Erster Vorsitzender ist der Deutsche Reichstagspräsident Doebe.

Das Wiesbadener Abkommen.

Berlin. Französische Blätter bringen Einzelheiten über das Abkommen zwischen Rathaus und Röhmchen insofern, als von einer Seite behauptet wird, daß Abkommen werde am 1. Oktober noch nicht in Kraft treten. Ein Blatt meint zu meinen, daß Instruktionen bei erst für den 15. Januar 1922 zu erwarten seien. Wie von dieser zukünftigen Stelle erfordert wird, ist von einer Verlegung des Termins des Inkrafttretens des Wiesbadener Abkommens in Berlin nichts bekannt.

Die Vertreibung der Domänenpächter in Polen.

Berlin. Es verlautet von unrichtiger Seite, daß die Auflösung des Obersten Rates, die Aktion gegen die deutschen Domänenpächter in Polen einstellen zu unterlassen, auf die polnische Regierung nicht den geringsten Eindruck gemacht hat. Vielmehr verlautet, die polnische Regierung wolle demnächst die Ermissionslage gegen die Pächter erheben, um sie zwangsweise zu entfernen.

Vorstand über die Regierungsbildung.

Breslau. In einer Versammlung der Zentrumswähler hielt der Vorsitzende der Fraktion des preußischen Zentrums, Gehrdt-Wirth, eine Rede, in der er sich mit der Neubildung der preußischen und der Reichsregierung beschäftigte. Die Ansicht im Zentrum gehe fester als je dahin, daß aus den gegenwärtigen schwierigen Umständen nur eine Regierung heraustritt, die Sozialdemokratie und Deutsche Volkspartei einbezogene. Der Umbildung in Preußen werde demgegenüber im Reiche folgen. Die gegen den Reichskanzler Dr. Wirth unternommenen Versuche, ihm die Verantwortlichkeit für die Annahme des Ultimatums zugeschrieben, müßten zurückgewiesen werden. Für die Annahme trägt nicht der Reichskanzler, sondern die gesamte Zentrumspartei die Verantwortung.

Burdziszewski der vorläufigen Truppen von Oppau.

Frankfurt a. M. Das Oberkommando der französischen Rheinarmee hat vom Pariser Kriegsministerium den Befehl erhalten, die an der Unglücksstätte von Oppau eingesetzten larabigen Truppenteile, da deren Anwesenheit von der Bevölkerung unangenehm empfunden werde, von jener zurückzuziehen und nur weiße Truppenteile zu verstetzen.

Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet.

Dortmund. Eine Betriebsrätekonferenz beschäftigte sich mit der Lohnfrage und der Tenerung. In einer Entschließung werden die Verbände und Parteien aufgefordert, bis zum 30. September klare Antwort auf die von einer großen Anzahl von Betriebsräten und Bergarbeiterverlammungen gestellten Fragen zu geben. Im Falle der Ablehnung einer Antwort werde man über die Röpke der Führer hinweg die Zusammensetzung der Arbeiterschaft in Angriff nehmen.

Deutsch-russische Beziehungen.

Miga. Der Vorsitzende des Allrussischen Zentralen Volkskomitees, Kalinin, empfing in Moskau den Vertreter Deutschlands, Wiedenfeld, der seine Volksmachten überreichte, wobei er die Genehmigung darüber ausdrückte, daß die deutsch-russischen Beziehungen nunmehr einen offiziellen Charakter annehmen. Die deutsche Regierung sei überzeugt, daß beide Staaten künftig zusammengehören und die lebhaftesten Beziehungen zwischen dem russischen und dem deutschen Volke bestehen. Kalinin erwiderte, die Russen und die Deutschen hätten immer gemeinsame Interessen gehabt. Künftig sei ein noch engeres Verhältnis erwünscht.

Wiederabschaffung der Brüderstraße in Ungarn.

Budapest. Die Brüderstraße, die vor einem Jahre eingeführt wurde, wurde wieder außer Kraft gesetzt. Die Brüderstraße wurde hauptsächlich gegen Kohlenlände angewendet.

Verschiedene Meldungen.

Erfurt. Aus der Wohnung eines Bureauvorstehers in Nienstädt wurde eine Briefmarkensammlung im Wert von einer halben Million Mark gestohlen. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Königsberg i. Pr. Die erste ostpreußische Kriegergedenkstätte wurde in Medenau im Kreise Hirschhausen feierlich eingeweiht. Das Innere der Halle enthält zwei Gedenktafeln mit 108 Namen der Gefallenen.

Wien. Erneute Kundgebungen sandten hier gegen die Börse statt, an denen viele Frontkämpfer teilnahmen. 40 Verhaftungen wurden vorgenommen.

Paris. Nach einer Meldung aus Warschau kündigt die Presse an, daß der Justizminister einen Gesetzentwurf über die Abschaffung der Beschränkung der Rechte der Israeliten vorgelegt habe.

London. "Daily Mail" meldet aus Kapstadt, daß der Dampfer "Vori Augusto" 400 Meilen vom Kap entfernt in Blaumann steht.

Die Hilfsaktion für Oppau.

Spenden aus dem ganzen Reich.

Der Reichskanzler Dr. Wirth hat an den bayerischen Staatsminister ein Telegramm gerichtet, in dem er namens der Reichsregierung die Bildung eines Hilfskomitees zur Sicherung der durch das Oppauer Unglück entstandenen Schäden vorschlägt; in dem Komitee sollen auch die bayerische, badische und hessische Regierung entprozent vertreten sein. Von diesem Vorschlag der Reichsregierung wurde zugleich der bayerische Staatspräsident und der hessische Ministerpräsident verständigt. Der Reichsbarberätsminister Dr. Braun ist mit dem Staatssekretär des Reichsbarberätsministeriums Dr. Gehr als Vertreter der Reichsregierung nach Ludwigshafen gereist, um mit den bayerischen Regierungsstellen über die Organisation der Hilfsaktion zu beraten. Der Reichsbarberätsminister hat ferner die Hauptversorgungsämter Karlsruhe, Würzburg und Frankfurt a. M. angeordnet, der bayerischen Regierung sofort zur Hilfeleistung für das Unglück in Oppau Arzte, Personal, Bett- und Sanitätsmaterial zur Verfügung zu stellen. Spenden nimmt schon jetzt die Amtskasse des Reichsbarberätsministeriums, Berlin, Scharnhorststraße 35, Post-Scheckkonto Berlin 58 726, entgegen.

Zur Sicherung der ersten Not haben bereitgestellt oder angefordert: die

Reichsregierung 10 Millionen Mark, der bayerische Wohlfahrtsminister Oswald 300 000 Mark,

der Regierungspräsident der Pfalz 125 000 Mark, die preußische Staatsregierung 1 Million Mark, die badische Staatsregierung 1 Million M., die Stadt Berlin 100 000 Mark, die Stadt Saarbrücken 50 000 Mark, die Stadt Frankfurt a. M. 50 000 Mark, die Schweizer Schiffsgesellschaft 2000 Franken, der sächsische Ministerpräsident aus seinem Dispositionsfonds 10 000 Mark.

Beileidskundgebungen.

Rundgebungen berächtiger Anteilnahme an dem Unfall und dem Schicksal der Hinterbliebenen und der Verletzten laufen aus allen Teilen des Reiches, von den Regierungen, den Städten, privaten Organisationen usw. in Berlin, Würzburg und Ludwigshafen ein.

Die Internationalen Kleinlandkommision ließ dem Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete eine Note zugehen, in der sie ihn bittet, anlässlich der furchtbaren Katastrophe in Oppau der Reichsregierung, der bayerischen Regierung und der so hart betroffenen Bevölkerung den Ausdruck wärmster Anteilnahme zu übermitteln. Der niedersächsische Gesandte Baron Gevers hat persönlich dem Reichspräsidenten im Auftrage der Königin der Niederlande deren tieffestes Beileid ausgesprochen. Der König von Dänemark hat telegraphisch seine herzliche Teilnahme übermittelt. Außerdem hat der dänische Gesandte im Berlin Auftrag erhalten, dem deutschen Minister des Innern die Teilnahme der dänischen Regierung auszusprechen. Der dänische Minister des Außenwesens hat dem deutschen Gesandten in Kopenhagen aus dem gleichen Anlaß seine Teilnahme ausgesprochen.

Außerdem Beileidskundgebungen sind der Reichsregierung von einer großen Anzahl ausländischer Regierungen Beweise der Teilnahme zugegangen. Nachahmlich in Berlin anwesenden fremden Diplomaten sprachen zu diesem Zweck auf dem Auswärtigen Amt vor. Einer der ersten war der französische Geschäftsträger, der auch beauftragt war, dem Reichskanzler das Schreiben des Ministerpräsidenten Briand und des Ministerrates zu übermitteln.

Was man in Oppau fabrizierte.

Das große Stichlochwerk von Oppau verdankt seine Entwicklung der Kriegsindustrie. Die jüngst in Deutschland hergestellten Mengen von Stichlochverbindungen, die der Landwirtschaft als wichtigstes Düngemittel nach dem Raumbau des Krieges dienen, sind so groß, daß die Einfuhr von Chilesalpeter (im Jahre 1913 noch 800 000 Tonnen) völlig überflüssig geworden ist. Sie bilden die großen Summen, die seit ins Ausland ablossen, dem Land erbalten, und tausende von deutschen Arbeitern finden in der Stichloch-Industrie Beschäftigung. Der Rohstoff ist seit in unbefriedigter Menge vorhanden, denn die atmosphärische Luft besteht ja zu etwa 80 Prozent aus Stichloch. Schon die Stichlochmenge der Luft über einem Quadratmeter der Erdoberfläche würde ausreichen, um den gesamten Weltbedarf von Stichlochdinger auf Jahrzehnte zu bedienen.

Es ist eine Eigentümlichkeit des Pflanzenlebens, daß die Pflanze den Stichloch, der sie umgibt, nicht direkt aus der Luft aufnehmen kann, wie es etwa mit der Kohlensäure, zum Teil auch mit dem Sauerstoff, geschieht. Den Stichloch nimmt die Pflanze nur vermittelst der Wurzeln aus dem Erdbohnen auf, und zwar in Gestalt von Verbindungen: salpierfauter Salze und ammoniakalischer Salze. Solche sind die häufigsten Stichloch-Düngemittel, die jetzt in den Fabriken (von Oppau, West, dem Zeuna-Werk bei Wertheim usw.) hergestellt werden, Kali-Stichloch, schwefelsaures Ammonium u. Berg. Welche Verbindung der Landwirte zu wählen hat, hängt natürlich von der Beschaffenheit seines Bodens ab. Ist der Boden an sich löslich, wird man nicht Kali-Stichloch zusehen, sondern besser schwefelarmes Ammonium, das allerdings auch teurer ist.

Das Verfahren, nach dem in dem Oppauer Werk gearbeitet wurde, ist eigentlich sehr einfach. Man gewinnt Ammonium aus unmittelbarer Vereinigung von Stichloch und Wasserstoff. Das ist möglich unter freiem Himmel (150 bis 250 Atmosphären) und bei einer hohen Temperatur (von 500 bis 600 Grad Celsius), die sich übrigens bei dem chemischen Vorgang selbst erzeugt. Aus dem Ammonium bildet sich dann mit Kohlensäure und Gips das gewünschte Endprodukt: schwefelsaures Ammonium, und als Nebenprodukt einen freibeartigen Kalkstein.

Gewerbeverband der Amtshauptmannschaft Grimma.

Eine außerordentliche Versammlung des Gewerbeverbandes, die erste seit Bekennen des Verbandes in Wurzen, fand am Sonntag im Hotel Victoria statt. Der Besuch war ein guter.

Der Vorsitzende des Verbandes, Herr Fleischmeister Hindenlang, eröffnete die Versammlung, bedankte die erschienenen Mitglieder und gab einen Bericht über die bestehenden Verbindungen. Der Kleinhandel sollte sich seinen Spartenorganisationen anschließen.

Herr Syndikus Weber-Dresden vom Landesausschuß des Sachsenischen Handwerks sprach über Steuerfragen, besonders über die 10-prozentige Umsatzsteuer, welche als Kleinhandelssteuer vom leichten Betsteller erhoben werden sollte. Jetzt ist die Umsatzsteuer auf 3 Prozent festgesetzt worden. Ueber die Umsatzsteuer finden noch Verhandlungen statt. In Sachsen berühren zwei Gesetze sehr ernst das Grundsteuer- und Gewerbesteuergesetz. Welche Gesetze enthalten Bestimmungen, welche der leichte Handel nicht zulassen kann, so die Mäßbelebung der Konsumvereine und Genossenschaften. Bei der Mäßbelebung sind 24 000 M. neuwertig. Es ist dafür eine Landessteuer zu haben, weil dann alle Gemeinden gleichmäßig belastet werden. Im Landtag haben alle bürgerlichen Parteien unsere Forderungen vertreten. Der Redner befürchtete die Sozialisierung des Baugewerbes, welche sehr läßigend für das Handwerk ist. Das Ziel der Regierung ist, in jeder Amtshauptmannschaft logistische Bauhütten zu errichten. Das in Aussicht stehende Rohrungsmittelelektro will eine Kontrolle für die Kaufleute liefern. Die ständige Tagesarbeitszeit soll in die 48-stündige Arbeitswoche umgedreht werden. Eine schlechte Qualität der Leistung ist in der Arbeitszeit nicht einzurechnen. Die Pflichtarbeit ist zu bekämpfen. Die Reichsgewerbeordnung II dient zu ändern, daß Gewerbebetriebe nicht an solche Personen ausgestellt werden, die in einem leichten Leben leben. Wir brauchen Stellen, welche darüber wachen, daß alle drohenden Gefahren für das Handwerk abgewendet werden, dazu brauchen wir aber große Organisationen, die dimer den Spartenorganisationen stehen. Redhalter Bösel wurde dem Redner nezial.

Den Besuch des 2. Sachsenischen Handwerkers am 8. und 9. Oktober 1921 in Leipzig empfahl der Vorsitzende Hindenlang, welcher auch das Programm der Tagung bekannt gab. Hierzu sprach auch Syndikus Weber-Dresden, der jeden Handwerker aufforderte an der Tagung in Leipzig teilzunehmen. Thomas Wurzen berichtete über die erfolgten Vorbereitungen in Wurzen. Die Innungen sollen ihre Anmeldungen ergeben lassen. Eine zahlreiche Beteiligung des Handwerks ist zu erwarten.

Über die Beitrags erhöhung berichtete der Vorsitzende des Verbandes Hindenlang-Grimma, welcher empfahl den Beitrag auf M. 6,- monatlich nach den Vorschlägen der Ortsgruppen Bösel.

wie zu erhöhen. Thomas Wurzen empfahl die Steuererhöhung und erfuhr vom Verband die Treue zu bemühen. Es sprachen hier noch ein Vertreter aus Brandis, Schneider-Wurzen, Ebersbach-Naumburg sowie noch andere Redner. Der Antrag, den Beitrag monatlich auf 6 M. das Eintrittsgeld um 100 Prozent zu erhöhen, für wieder eintretende Mitglieder das doppelte Eintrittsgeld festzulegen, wurde angenommen.

Gärtnermeister Pöhl-Pöhlisch stellte den Antrag, der Gewerbeverband möchte bei der Eisenbahndirektion beantragen, daß die Wochentarife 4. Klasse übertragbar sind. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme.

Baum-Goldb. erfuhr noch den Kleinhandel zu organisieren, für die oberösterreichischen Gewerbetreibenden regte er eine Sammlung an, welche 316,- M. ergab.

Über Verbandsmitglieder, Glasversicherung, soziale Versicherung wurde eingehend gesprochen und die Versammlung mit den besten Wünschen für den Gewerbeverband der Amtshauptmannschaft Grimma gegen 1,5 Uhr geschlossen.

Sozialdemokratischer Parteitag.

(Sechster Tag.)

Göttingen, 23. September.
Die Programmkommission hat beschlossen, einen in ihrem allgemeinen Teil neu entworfenen, im besondern toll abgeänderten Programmentwurf dem Parteitag zur Annahme zu empfehlen. Die Einzelforderungen des Programmentwurfs umfassen: Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik, Finanzen, Verfassung und Verwaltung, Gemeindepolitik, Rechts- und Schulpolitik.

Über die Wirkungen des Friedensvertrages auf die Wirtschaft rezipierte Hermann Müller. Der Redner nahm zunächst energisch gegen die Äußerungen der Stellung, als bei der Sozialdemokratie geneigt, den Reichskanzler Dr. Wirth zu belügen. Dann kam er auf den Friedensvertrag zu sprechen. Professor Neues hat darauf aufmerksam gemacht, daß Deutschland zwei Drittel seines ganzen Einkommens zur Erfüllung des Ultimatums hergeben müsse, und doch ist dies im August 1922 Deutschland mit seiner Zahlungsmöglichkeit am Ende sein werde. Trotzdem müssen wir die Niemandszeit zur unüblichen Erfüllung unserer Verpflichtungen benutzen. Es ist unverdutzt, daß der deutsche Arbeiterville, der von vielen in Deutschland residierenden Ausländern anerkannt wird, von den Deutschnationalen immer wieder gelegnet wird. Gerade die Arbeiter sind es, die jetzt vom Auslande als Bodenbreiter angebrochen werden, die heute, um ein offenes Wort zu gebrauchen, noch keine Weltmarktbörsen besitzen.

Die Krise des Handels und der Industrie, die an der Börse spürbar, und die sich Deutschen beschäftigt haben, sind die Ursache, wenn unsere Währung immer mehr in Unordnung gekommen ist. Dieser Kreis ist die Folge der Machtverteilung jeder Dienstkontrolle, es ist die Folge des freien Marktes und ist die Folge des internationalen Kapitalismus. Es gibt keinen Zweck darüber, daß diese Verhältnisse in der nächsten Zeit geändert werden müssen. Das Ausland fragt über den jetzt breit machenden Nationalismus in Deutschland. Die Sozialdemokratie müßte sich die andauernde alteine Soldatenpolitik, die als Provokation nach außen wirkte, energisch verbitten und die Regierung erfordern, dies aufzulösen, bevor sie dazu von außen gezwungen würde. So lange dieser Geist sich in Deutschland breitmache, sei an eine Revision des Vertrages nicht zu denken. Ein dauernder Friede kann nicht durch Proteste und Resolutionen, sondern nur durch Arbeit, durch Erfüllung des Friedensvertrages, so weit dies in unseren Kräften steht, gesichert werden, und nur, wenn wir der Welt klarmachen, daß ein neuer Geist in Deutschland eingezogen ist.

Wienland und Oberschlesien.

Die heutigen Verhandlungen brachten die Vorlage einer Resolution, die von Sollmann-Zöllner und C. eingereicht wurde. Es wird darin die sofortige Auflösung der wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen verlangt. Weder Sanktionen noch andere Bedrückungen, weder französische Kultivierung noch andere Mittel französischer Imperialisten werden die Annexion der Rheinlande oder den rheinischen Füllerstaat erreichen.

Bronikowski-Kotowitsch gab eine Schilderung der oberösterreichischen Verhältnisse. Was sich augenscheinlich in Oberschlesien abspielt, sei nicht nur die Tragödie eines Volkes, sondern unter Umständen auch die Tragödie Europas. In der vorgelegten Entschließung wird das Selbstbestimmungsrecht für Oberschlesien gefordert, die Mehrheit des deutschen Volkes habe gezeigt, daß sie deutsch bleiben wolle. Weitere Vertreter des Saargebiets traten energisch gegen die französische Bevölkerung ein.

Die Aussprache über das Parteidokument begann Reichspräsident Seehofe. Er begründete den von der Programmkommission vorgelegten neuen Entwurf.

Zwei Briefe.

Der gute Ton in Braunschweig.

I.

Der Vorstand des Braunschweigischen Richtervereins an den Ministerpräsidenten Sepp Dörter:

Herrn Abgeordneten Dörter! Nach einem Bericht der Oberöster. Polizeiagenten haben Sie in einer Versammlung in Holzminnen am 1. d. M. gefragt: Eine der härtesten Strafen der Recht ist die Todesstrafe. Man sage sich jetzt wieder den Tod des Reichsr. Orlitz v. Höchstädt an. Nicht eine Gerechtigkeitsstrafe ist unter heutige Zustand, sondern eine Dörre des Kapitalismus. Wir müssen endlich einmal Schluss damit machen. Wir wünschen von Ihnen eine Erklärung darüber zu erhalten, ob diese Wiedergabe der Zeitung aufrichtig ist und ebenso Ihre Mitteilung darüber dinnen zwei Tagen entgegen, ges. Oberlandesgerichtsrat Dr. Herbst."

II.

Sepp Dörters Antwort:

Herr Oberlandesgerichtsrat Dr. Herbst. Mein Herr! Ihr Schreiben ist bei mir eingelaufen. Sie gestatten mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß Ton und Horn Ihrer Anklage in keiner Weise den Geschehnissen gefestigt haben. Die ständige Tagesarbeitszeit soll in die 48-stündige Arbeitswoche umgedreht werden. Eine schlechte Qualität der Leistung ist in der Arbeitszeit nicht einzurechnen. Die Pflichtarbeit ist zu bekämpfen. Die Reichsgewerbeordnung II dient zu ändern,

